

# Krafsauer Zeitung.

Nr. 23.

Montag den 29. Jänner

1866.

Die „Krafsauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafsau 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 36 Nkr., einzelne Nummern 5 Nkr.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierstellige Zeitzeile 5 Nkr., im Anzeigebblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Verordnungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Redaction, Administration und Expedition: Grob-Gasse Nr. 107. Annoncen übernehmen die Herren: Haafenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien, und Herr Herzog in Lemberg.

## Amtlicher Theil.

Nr. 36.366.

Bei der Errichtung der Central-Markthalle in Wien wurde die Commune nicht einzig von der Sorgfalt für die Sicherstellung der Approvisionierung dieser Stadt, und für die Verwohlfeilung der Lebensmittel, sondern auch von der gemeinnützigen Absicht geleitet, einzelnen selbst enterntern Gegenden des Reiches, wo sich der Ueberfluß an Natur- und landwirtschaftlichen Producten nur schwer verwerthen läßt, an der Central-Markthalle einen sicheren und lohnenden Absatz zu verschaffen.

Ungeachtet der Wiener Magistrat durch zahlreiche Zeitungs-Insertionen und durch Verbreitung von Druckschriften in den einzelnen Kronländern über die Errichtung der Central-Markthalle und den Geschäftsverkehr an derselben richtige Vorstellungen zu erwirken bestrebt war, so ist diese Absicht bisher noch nicht in genügender Weise erreicht worden, indem häufig Waaren einlangen, welche entweder vom Hallenverkehr ausgeschlossen sind, oder wegen ihrer schlechten Qualität nach der Absicht des Einsenders im Verkaufswege verschleudert werden sollen, während doch der Verkehr an der Halle nach den Grundsätzen der strengen Rechtlichkeit geordnet ist und hauptsächlich wie die Erfahrung zeigt, für Artikel von vorzüglicher Qualität willige Abnehmer und gute Bezahlung verschafft. Ferner ist die Beschickung der Halle mit einigen Artikeln übermäßig, mit anderen wieder ungenügend, viele Einsender bemerken nicht die von den Eisenbahnen für Hallengüter zugestandenen Begünstigungen oder reflectiren nicht auf die Verzehrungssteuer-Vorschriften.

Wahrnehmungen wie diese haben den Schriftsteller J. Wagner in Wien bestimmt, das Tageblatt „Wiener Central-Markthalle“ erscheinen zu lassen, welches täglich ein vollständiges Verzeichnis der an der Halle zulässigen Verkaufsartikel, die erzielten Verkaufspreise, die neue Zufuhr und die Andeutungen enthält, bezüglich welcher Artikel an der Halle noch Vorrath und bezüglich welcher eine Einsendung wünschenswerth ist und wodurch diejenigen, welche mit der Halle in Verbindung treten wollen, die Gelegenheit erhalten, sich gründlich über alle Verhältnisse und zugestandenen Begünstigungen zu informieren. Was in Folge Zudrucks des Wiener Magistrats vom 18. December 1865 Z. 15.994 zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.  
Krafsau, am 22. Jänner 1866.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 11. Februar v. J. einen Seidenbandbesitzverein in Viala in Galizien auf Grund der vorgelegten von dem Ministerium für Handel und Volkswirtschaft über Einvernehmen des Staats- und Polizeiministeriums revidirten Statuten allergnädigst zu bewilligen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 29. Jänner.

Das Vertrauen auf die Förderung und Unterstützung der Augustenburger Pläne durch Oesterreich, schreibt man der „K. Z.“ aus Altona, ist in den leztverfloffenen Wochen im Lande merklich gestiegen. Auf alle Weise wird von den Leitern der antipreußischen Partei die Meinung zu verbreiten gesucht, daß, wenn die österreichische Regierung bisher auch die Idee einer schließlichen Abtretung ihrer Condominatsrechte aus dem Wiener Frieden an Preußen gegen möglichst beträchtliche Compensation vorzugsweise im Auge gehabt habe, dieser Standpunkt doch jetzt von ihr definitiv aufgegeben sei, daß das Wiener Cabinet vielmehr jetzt Alles daran setzen werde, in den Herzogthümern einen wirklich unabhängigen und vollsoveränen Staat zu errichten, weil dies für lange Zeit den preußischen Tendenzen in Deutschland den wirksamsten Damm entgegen stelle.

Wie aus Wien berichtet wird, hat Herr v. Mantuffel die Anerkennung der Interimsflagge zugelegt.

In der „Sven. Btg.“ wird die von uns bezweifelte Nachricht, daß Preußen den Augustenburger mit drei Millionen Thaler abfinden wollte, demontirt. Das altliberale Organ wird gegenwärtig aufstehend auf zu officiösen Dementis benützt. Man glaubt, daß dies geschieht, weil die „N. A. Z.“ allen Credit verloren hat.

Preußen und Dänemark haben sich rüchlich der vertriebenen ehemaligen schleswigschen Beamten definitiv ausgeglichen. Ersteres gewährt im Ra-

men Schleswigs eine Aversionalsumme. Dänemark entrichtet die künftigen Pensionen.

Telegramme in Wiener Blättern aus Holstein melden, ohne Angabe der Quelle, daß Preußen die Leitung des holsteinischen Telegraphenwesens in Anspruch nehme. Die Meldung wird der „Glocke“ als irrig bezeichnet. Preußen besitzt vertragmäßig zwei Telegraphendrähte durch holsteinisches Gebiet, von Lübeck auf Kiel, und von Altona nach Rendsburg; sonst hat es Nichts verlangt. Dagegen dürfte der Eintritt Holsteins in den Telegraphenverein (beiläufig bemerkt, auch in den Postverein) bevorstehend sein, wenigstens hat der Minister Rath v. Hoffmann bei seiner letzten Anwesenheit in Wien mit dem Telegraphen-Director Brunner in dieser Richtung einleitende Besprechungen gehabt.

Die aus Kiel, übrigens ohne Quellenangabe, kommenden Nachrichten über Versuche des General Mantuffel, die Auslieferung des Redacteurs May zu erwirken, beruhen, wie das „Freundbl.“ meldet, auf müßigen Combinationen. Daß andererseits von Seite des General Gabletz in dieser Angelegenheit gar kein Schritt geschehen, geht schon daraus hervor, daß er seinen Bericht nach Wien geleitet hat, während er die Angelegenheit — hätte er einen Entschluß fassen müssen — doch gewiß für wichtig genug gehalten haben würde, die Meinung der hiesigen maßgebenden Kreise einzuholen. Wie das genannte Blatt ferner meldet, ist die Nachricht von einer Scene, welche zwischen dem Grafen Karolyi und Bismarck stattgefunden haben soll, erfunden.

Der Pariser „Moniteur“ berichtet einen in dem dem Gesetzgebenden Körper vorgelegten Expofé befindlichen „Druckfehler.“ Im Expofé heißt es nämlich, daß der „Wiener Vertrag“ nur einen „provisorischen Charakter“ habe, während es heißen soll: die „Gastgeberin Stipulationen“ seien provisorischer Natur. Das ist ein gewaltiger Unterschied.

Der Eikonismus der französischen Thronrede in Betreff Oesterreichs, welcher Berliner Blätter zu der höhnischen Frage veranlaßt: wo bleibt die Freundschaft mit Oesterreich? — hatte, schreibt das „Neue Fremdbl.“ unsere maßgebenden Kreise nicht überrascht. Vielmehr betrachten dieselben es als selbstverständlich, daß, so lange die deutschen Mächte ihre Verhandlungen über die Ausführung des Wiener Friedens fortsetzen, der Kaiser der Franzosen es mit seiner eigenen Würde entprechend finden müsse, auf dem Standpunkte der Neutralität zu verharren, welchen er beim Abschluß dieses Wiener Friedens eingenommen hat. Daß aber diese Neutralität und die Freundschaft mit Oesterreich, welche mit der täglich sich mehr herausbildenden Gleichartigkeit der Anschauungen und Interessen an Tragweite zunimmt, zwei sehr verschiedene Dinge sind, wird man in Berlin ebenso gut einsehen, wie man in Wien es weiß. Zum Ueberflusse, möchten wir fast sagen, hat der Kaiser der Franzosen, wie er dafür sorgte, daß das Wiener Cabinet im Voraus über die Haltung der Thronrede in Bezug auf die großen politischen Fragen unterrichtet war, nachträglich seine Worte hier in einem Sinne erläutern lassen, welcher nicht gestattet, das leiseste Mißtrauen über seine Intentionen gegen Oesterreich zu hegen. So wird wenigstens in den hiesigen diplomatischen Kreisen behauptet.

Aus der Anordnung einer Hoftrauer für den dritten Sohn Victor Emanuels, den Herzog von Montferrat, wird man wohl keine Schlüsse auf eine bereits vollzogene Aenderung in den Beziehungen zwischen Oesterreich und Italien zu ziehen berechtigt sein. Die Mutter des Prinzen, die Gemalin Victor Emanuels, war eine Tochter des verstorbenen Erzherzogs Rainer, und der Prinz ist also ein naher Verwandter des Kaiserhauses. Die Trauer um einen Verwandten aber wird angeordnet, ohne daß vorher eine officiële Notification des Trauerfalls hieher bewirkt wäre, sobald eben der Trauerfall bekannt geworden. Entschieden demonstrativ würde unter diesen Umständen nur seine Ignoranz und die Nichtanordnung einer Trauer gewesen sein.

Die „Kreuztg.“ erzählt, daß der Papst in Folge der Scene mit Baron Meyendorff überhaupt keine russische Gesandtschaft mehr in Rom dulden will (es ist auch kein Nuntius in St. Petersburg), man sagt, daß Cardinal Antonelli nur mit Mühe den Papst abhielt, Meyendorff seine Pässe zu fertigen zu lassen. Nach den „Hamburger Nachrichten“ hat Preußen die Vermittlung der Affaire Meyendorff übernommen.

Von einem französischen Entwurfe für die österreichisch-italienischen Verkehrsverbindungen, welcher in Wien und in Florenz eingetroffen sein und der beiderseitigen Entschließung vorliegen soll, ist — wie man aus Wien mittheilt — in gut unterrichteten

Kreisen Nichts bekannt. Man versichert vielmehr, daß man die angestrebten Erleichterungen lediglich auf administrativem Wege zu erlangen suche.

Nach Berichten aus Florenz, 26. d., hat auf eine Interpellation Decas im Senate, betreffend die Verhandlungen mit Rom und die Anerkennung von Seite Spaniens Samarmora erwidert, er könne dieser Interpellation keine Folge geben.

Nach Berichten aus London ist eine Minister-Krisis im Anzuge. Russell und Gladstone wollen eine Reformbill einbringen, welche wohl schwerlich durchdringen wird, da sie von der zahlreichen Classe der gemäßigten Whigs, denen es nicht recht ist, daß auch wohlhabenden Arbeitern das Wahlrecht zugestanden werden soll, perhorrescirt und auch von den „Times“ bekämpft werden wird. Ueber die Zusammenlegung des eventuellen neuen Ministeriums sind die Ansichten getheilt. Während die Einen ein streng torstisches Ministerium Derby erwarten, glauben Andere an ein Coalitionsministerium Stanley-Gladstone.

Die Ursache der Ministerkrise im Haag ist eine Differenz wegen der neuen Strafgesetzbuch für die Colonien. Der Colonialminister wollte dieselbe einfach durch eine königl. Verordnung einführen, während Minister Thorbecke, darauf bestand, das Gesetz müsse durch die gesetzgebenden Factoren geprüft und dann erst dem Könige zur Sanction vorgelegt werden.

Die dem Congreß in Washington vorgelegte und auf Mexico Bezug nehmende diplomatische Correspondenz theilt auch einen Brief des Capitans Murray an Benjamin Wood mit, der aufgefunden wurde und in die Hände der Nord-Staaten gerieth. In diesem Briefe heißt es u. A.: „Der Süden ist bei der Unternehmung Gwynn's sehr theilhaftig. Der Kaiser Napoleon wird ihm alle münchenswerthe Unterstützung leisten. Er wird als General-Director und Leiter eines großartigen Colonisations-Planes abgehen.“ Diesen Brief schickte Seward im Juli v. J. an den amerikanischen Gesandten in Paris, mit der Aufforderung, denselben Drouyn de Lhuys vorzulegen und ihn zu benachrichtigen, daß jede Begünstigung der hier genannten oder einer ähnlichen Unternehmung durch Kaiser Maximilian oder die französische Regierung die Ungebuld des amerikanischen Volkes wegen der Intervention nur vermehren könnte. Seien die Angaben des Briefes richtig, dann müsse man darin einen Beweis erblicken, daß Napoleon die bisher beobachtete Neutralität aufgegeben habe. Unterm 14. December schreibt Seward an Bigelow: „Ihre Depesche vom 24. Nov. scheint unsere Hoffnungen bezüglich des Abzuges der französischen Truppen abzuschwächen. Ich muß jedoch bemerken, daß die Ihnen darüber von Herrn Drouyn gewordenen Aufklärungen nicht nur ohne die positive Sanction des Kaisers, sondern auch ohne daß die französische Regierung von der definitiven Entscheidung des Präsidenten die geringste Kenntniß hatte, formulirt wurden. Wünschenswerth ist es, daß alle Punkte der hierauf bezüglichen Meinung des amerikanischen Cabinets in Paris wohl begriffen werden. Vor Allem ist zu wünschen, daß wir erwarten dürfen, er werde uns eine umfassende Darlegung der kaiserlichen Absichten in dieser Beziehung im Namen der kaiserlichen Regierung und mit der ausdrücklichen Zustimmung des Kaisers gegeben werden.“

Die „Patrie“ glaubt, daß das Gelbbuch keine Mexico betreffende Actenstücke enthalten werde. Die betreffende Frage sei in eine neue Phase getreten; die französische Regierung habe das Verlangen, die Freiheit ihrer Action zu wahren, und nicht Documente zu veröffentlichen, deren Auslegung die Verhandlungen hemmen könnte, welche gegenwärtig gepflogen werden.

Wie das „Fremdbl.“ meldet, hat Se. Majestät der Kaiser Maximilian von Mexico die Bestimmung getroffen, daß alle seine regelmäßigen Bezüge und Geldeinkünfte seines europäischen Privatvermögens nicht nach Mexico geschickt, sondern hier theils zum Ausbau des Schlosses Miramar, theils zu anderen Bauten auf seinen Gütern, der Ueberschuß aber in Europa zinstragend angelegt wird.

Briefe aus Constantinopel vom 17. d. M. sprechen von Unruhen, die leztlich wieder am Libanon ausgebrochen sind. Die Einführung einer neuen Steuer soll sie hervorgerufen haben. Es ist zu einem Kampfe zwischen den von Dawud Pascha commandirten türkischen Kosaken und den maronitischen Empörern gekommen, und sollen mehrere Personen getödtet worden sein. Dawud verlangt Verstärkung von Beyrut und Damascus. Er benachrichtigte gleichzeitig auf telegraphischem Wege die Regierung in Constantinopel, die auch sofort drei Fregatten mit Truppen abgehen ließ.

Eine Depesche aus Bombay vom Ende December von der Gränze des Punjab meldet von einer Erhebung im Thale Sondar. Die Einwohner dreier

bedeutender Ortschaften sind auf englisches Gebiet eingefallen, haben dort geplündert und sich sodana zurückgezogen. Die englischen Truppen marschirten gegen sie, nahmen ihnen die Beute wieder ab, zerstörten ihre Wohnungen und verhafteten die Hauptschuldigen.

Entgegen den neuesten Berichten, Hannover habe den Handelsvertrag mit Italien ohne allen Vorbehalt ratificirt, theilt man uns mit, daß die Ratification zwar vollzogen, aber zugleich mit dem Act eine Note des auswärtigen Ministers an den preußischen Gesandten Grafen Vlenburg zugesandt wurde, in welcher ausdrücklich Verwahrung gegen jede Consequenz eingelegt wird, als involvire die Ratification zugleich die politische Anerkennung Italiens. So weit im Uebrigen berichtet wird, hat sich von allen Zollvereins-Regierungen nur die russische Hannover angegeschlossen.

Die „Glocke“ hört bestimmt versichern, daß die Regierung, wie auch der Beschluß der bevorstehenden Generalversammlung der Actionäre der Credit-Anstalt ausfallen möge, sich verpflichtet erachte und demnach entschlossen sei, ohne die vorgängige Aufstellung einer Bilanz im Sinne des Handelsgesetzbuchs die Einlösung des Coupons nicht zu gestatten.

Der Herr Handelsminister richtete beim Empfange der neu ernannten Handelsgerichtsbeisitzer, welcher dieser Tage stattfand, eine längere Sprache an dieselben. Er erklärte, wie einem Grazer Blatte geschrieben wird, daß der Weg, den das Ministerium zur Kräftigung des Handels und der Industrie eingeschlagen habe, unter allen Umständen beibehalten werden müsse. Es sei wahr, daß dadurch der Industrie große Opfer auferlegt würden. Diese Opfer müßten aber geleistet werden und seien ja doch nur vorübergehend. Sei so wenig als möglich fühlbar zu machen, sei das Streben der Regierung. Zu diesem Ende richte sie auch ihr Augenmerk zunächst dahin, die Eisenbahnverwaltungen zur Herabsetzung der Frachttäge zu veranlassen. Für die Opfer, welche sie damit bringen, würden sie durch anderweitige Concessionen entschädigt werden. In der That vernimmt man denn auch, daß die Regierung deshalb mit den Eisenbahnverwaltungen in Unterhandlung steht.

Die „S. C.“ schreibt: Die „Presse“ bringt unter dem Titel: „Graf Barcozy und die force majeure“ die angeblich aus bester Quelle verbürgte Erzählung einer Antwort, welche Sr. Excellenz dem Herrn Präsidenten der Creditanstalt, Grafen Barcozy und mehreren Verwaltungsräthen dieser Anstalt im Finanzministerium zu Theil geworden und beiläufig dahin formulirt worden sei: „Es sei überflüssig hier von Recht zu reden: hier gelte die force majeure.“ Weit entfernt, uns in eine Widerlegung des übrigen Inhaltes des Artikels der „Presse“, welcher von Tendenz nicht ganz frei sein dürfte, einzulassen, begnügen wir uns zu constatiren, daß in gedachtem Blatte die Unterredung entstellte und mit Verdrehungen des Sachverhaltes wiedergegeben ist.

## Landtagsverhandlungen.

Dem in der lezten Nummer erwähnten Artikel der „Gazeta lwowska“ über die Gemeinde-Ordnung entnehmen wir Folgendes:

Der „Gaz.“ und die „Gazeta narodowa“ wollen in Galizien Collectiv-Gemeinden haben, wir aber glauben, daß die Collectiv-Gemeinde weder in den thatsächlichen Verhältnissen des Landes, noch in dem zu Recht bestehenden Gesetze eine Grundlage besitzt.

Die Stimmen für die Autonomie der Gemeinden lassen sich nicht erst heute vernehmen. Als in anderen Kronländern Oesterreichs das Gemeindegesetz vom Jahre 1849 ins Leben trat, in Galizien aber, obgleich seinerzeit veröffentlicht, dennoch nicht durchgeführt wurde, haben die hiesigen Organe der öffentlichen Meinung laut darüber ihr Bedauern ausgesprochen und gewissermaßen jene Kronländer beneidet, wo die Gemeinden auf das Princip der Autonomie gestützt, organisiert wurden. Und doch war in dem Gesetze vom Jahre 1849 keine Erwähnung von den Gutsgebieten, und noch weniger von der Collectiv-Gemeinde. Dem erwähnten Gesetze zufolge mußte die Guts Herrschaft und die Commune in eine Gemeinde treten, und zwar in die Ortsgemeinde.

Aus dem Gesetze vom Jahre 1849 ist der Grundsatz der autonomen Ortsgemeinde in das Gesetz vom 5. März 1862 übergegangen, und diese Gemeinde ist die Grundlage der freien bürgerlichen Gesellschaft.

„Gaz.“ und „Gaz. nar.“ wollen sich aber heute mit der Ortsgemeinde nicht begnügen; der „Gaz.“



wie es uns scheint, hauptsächlich deshalb, weil er die Vereinigung der Gutsgebiete mit der Commune in eine Ortsgemeinde jetzt für unmöglich hält. Wir fragen, worin liegt diese Unmöglichkeit? Es stellt sich doch weder das Gesetz vom 5. März 1862, noch die Regierungsvorlage in Betreff der Gemeinde-Ordnung dieser Vereinigung irgend ein Hinderniß entgegen. Wir haben uns in der That nicht aus dem Grunde gegen das Project der Collectiv-Gemeinde ausgesprochen, daß wir die Vereinigung der Commune mit dem Gutsgebiete für unmöglich halten. Wir haben im Gegentheil gesagt und wiederholt es, daß wir diese Vereinigung — aber eine freiwillige Vereinigung wie das Gesetz haben will, — aufrichtig wünschen. Wir haben uns nur gegen die zwangsweise Vereinigung erklärt. Es besteht daher keine Unmöglichkeit, und die Vereinigung wäre wirklich und unvermeidlich, wenn das Gemeindegesetz vom J. 1849 bei uns wie in den anderen Kronländern durchgeführt worden wäre.

Der „Gaz. nar.“ ist der Meinung, daß die Collectiv-Gemeinde mit dem Gesetze vom 5. März 1862 vereinbarlich sei. In dieser Hinsicht beharren wir bei unserer Ansicht, daß die Collectiv-Gemeinde sich weder mit Art. I. noch mit Art. VII. des erwähnten Gesetzes in Einklang bringen läßt, und daß sie überhaupt dem Geiste dieses Gesetzes nicht entspricht.

Für praktisch halten wir die Ortsgemeinde nicht aus Gründen, wie sie uns der „Gaz.“ irrthümlich zumuthet, sondern deshalb, weil die Ortsgemeinde nicht bloß in den andern Kronländern des österreichischen Staates, sondern in allen Staaten mit freien Institutionen die Grundlage des sozialen Organismus bildet, und man, so viel uns bekannt ist, nirgends dahin gestrebt hat, Collectiv-Gemeinden ins Leben zu rufen. Uebrigens ist in der Politik unserer Ansicht nach dasjenige praktisch, was dem Lande einen wirklichen Nutzen bringt und erreicht werden kann. Da aber nach unserer Ueberzeugung die Collectiv-Gemeinde dieses Kriterium nicht besitzt, so halten wir sie für unpraktisch.

Die „Gaz. nar.“ spricht auch warm für das Project der Collectiv-Gemeinde und erklärt sich kategorisch gegen die Ortsgemeinde, wie sie das Gesetz vom 5. März 1862 haben will, und zwar hauptsächlich aus Furcht vor dem Einflusse der Bureaucratie auf die Ortsgemeinde. Ihre Befürchtungen sind jedoch nach unserer Ansicht unbegründet. Wo Autonomie in vollem Sinne des Wortes besteht (und diese wird den Gemeinden durch das Gesetz vom Jahre 1862 und durch das dem Landtage von der Regierung vorgelegte Project eingeräumt), dort kann von einem Einflusse der Bureaucratie auf die Gemeinden keine Rede sein, denn die Bureaucratie ist der Autonomie gegenüber ohnmächtig und kann sogar neben derselben nicht bestehen. Versteht dagegen die „Gaz. nar.“ unter dem Einflusse der Bureaucratie das Verhältniß der Regierung zu den Gemeinden und die Aufsicht der Regierungsorgane über die Thätigkeit der Gemeinde, so kann ohne diesen kein organisirter Staat bestehen und es faßt gewiß Niemand die Autonomie so auf, daß die Regierung angesichts derselben auf die ihr zustehenden Rechte zu verzichten hätte. Aber gerade diese anerkannten Rechte der Regierung und beziehungsweise ihrer Organe sind durch das Gesetz vom Jahre 1862 und durch den dem Landtage vorgelegten Entwurf der Gemeindeordnung auf das unumgänglich notwendige Maß reducirt. Auf die Thätigkeit der Gemeinde im selbstständigen Wirkungskreise (§ 27 der Regierungsvorlage) steht den Organen der Regierung nicht der geringste Einfluß zu. Dagegen kann der Einfluß dieser Organe auf die Thätigkeit der Gemeinde im übertragenden Wirkungskreise (§ 28) nur unbedeutend genannt werden, weil dieser Wirkungskreis an und für sich sehr beschränkt ist und selbst in diesem laut § 58 der Regierungsvorlage dem Gemeinde-Ausschusse das Beschlußrecht eingeräumt wird.

Die Ansicht der „Gaz. nar.“, wornach der Regierungsvorlage zufolge der Bezirksvorsteher über Recurse gegen Beschlüsse des Gemeindeauschusses zu entscheiden hätte, ist irrig, denn es steht im § 97 dieses Entwurfs ausdrücklich, daß mit Ausnahme der der Bezirksvertretung zur Entscheidung vorbehaltenen Recurse der Landesauschuss über Berufungen gegen Beschlüsse des Gemeindeauschusses in allen der Gemeinden von der Regierung nicht übertragenen Angelegenheiten zu entscheiden hat. Zwar hat nach § 102 der Regierungsvorlage die Bezirksbehörde über Beschwerden gegen Anordnungen des Gemeindecamtes, durch welche die bestehenden Gesetze verletzt oder irrig angewendet werden zu entscheiden, aber auch nur insoweit, als solche Recurse nicht auf Beschlüsse Bezug nehmen, gegen welche die Berufung bei der Bezirksvertretung oder beim Bezirks-Ausschusse einzubringen ist.

Wir glauben, daß sich die Regierung des einer jeden Regierung zustehenden und der kaiserlichen Regierung durch Art. XVI. des Gesetzes vom 5. März 1862 zuerkannten Aufschubrechtes über die Thätigkeit der Gemeinden nicht entäußern werde und nicht entäußern könne. Durch diesen Artikel ist eben wesentlich der Einfluß bestimmt, welchen die „Gaz. nar.“ so sehr befürchtet. Wir glauben, daß dieser Einfluß selbst in dem freiesten Staate unabwieslich notwendig ist.

Die Ansicht der „Gaz. nar.“, daß unser Landmann kein Rechtsgefühl besitzt und bloß der auf materieller Macht gestützten Behörde blind gehorcht, vermissen wir nicht zu theilen. Es wäre traurig, wenn dem wirklich so wäre, denn in einem solchen Falle wäre die Autonomie, sei es auch in der Collectiv-Gemeinde, nur eine Illusion, und unser Landmann wäre nur ein Werkzeug in der Hand des Stärkeren. Zum Glück ist dies nicht der Fall. Unser Landmann, dem die „Gaz. nar.“ einen gesunden praktischen Verstand

und eine klare Auffassung der eigenen Angelegenheiten zuschreibt, besitzt auch das Rechts- und Legalitäts-Gefühl.

Ferner theilen wir auch nicht die Ansicht der „Gaz. nar.“, daß ein auf Grundlage des Regierungsentwurfes vom Landtage beschlossenes Gemeindegesetz verderblich wäre. Ein solches Gesetz würde vielmehr den Gemeinden eine umfangreiche Autonomie gewähren, wornach sich das Land lange gesehnt und was es heute sehnlichst erwartet.

Wir sprechen daher wiederholt unsere Hoffnung aus, daß sich die Landesvertretung nicht für „das gegenwärtige, obgleich verderbliche Provisorium“ erklären, sondern auf den durch das Gesetz vom Jahre 1862, das nicht ignorirt werden kann, gegebenen Grundlagen autonome Gemeinden errichten wird, welche die Basis der sozialen Entwicklung bilden.

Der „Gaz.“ unterwirft die Rede des Abg. Hochw. Pietrusiewicz nochmals einer Besprechung im Sonntagsblatte. Eine solche Auffassung des Ruthenenthums werde weder Ruthenen noch Polen, am wenigsten die Katholiken befriedigen, aus denen doch fast der ganze Landtag bestehe. Die Väter, Ruthenen und Polen, hätten brüderlich mit einander allzulange in Kraft, Glück und Eintracht gelebt, als daß ihre Zwistigkeiten irgend welcher Art bei den lauterer Patrioten beider Nationen einen anderen, nicht häuslichen Charakter angenommen hätten. Der „Gaz.“ der wünscht, die beiderseitigen Eöhne und Entel möchten nie eine schlimmere Schicksale erdulden als jene polnische, citirt Worte der polnischen Constitution von 1564, des 1569 erteilten Privilegiums, des Beschlusses von 1589 zur Unterföhrung seiner Behauptung, daß die Gleichberechtigung dieser beiden Nationen längst ausgesprochen worden. Dies könne nicht oft genug wiederholt werden, also er thue dies auch hier nochmals, allein die Gleichheit selbst könne Niemand octroyiren, sie hänge vom Wächthum ab. Wie dieses Recht zur Gleichheit auf die Sprachen vor Jahrhunderten in jenem verurtheilten Polen angewandt worden, könne man in der Kronkanzlei der polnischen Könige von Sigmund I. bis Sigmund III. aus einer ganzen Reihe von ruffenisch geschriebenen Originaldocumenten ersehen; diese Anwendung der Gleichberechtigung in Bezug auf die Sprachen sei eine Sache der Kenner dieser — nicht des „Gaz.“.

Der Tiroler Landtag soll, wie die „B. und Sch. Ztg.“ erfährt, am 10. Febr. geschlossen werden.

#### Telegraphische Landtagsberichte.

Troppau, 27. Jänner. Gemeindefragen werden bewilligt. Nächste Sitzung Montag.

Brünn, 26. Jänner. Dr. Przagal bringt einen Antrag ein, wonach die Frist während welcher Änderungen der Landtagswahlordnung vom Landtage durch absolute Stimmenmehrheit beschlossen werden können bis zum Jahre 1872 ausgedehnt werden soll. Die Cajenbauangelegenheit wurde heute nach viertägiger Berathung zu Ende gebracht. Nachdem die Generaldebatte noch einmal eröffnet und in der Specialdebatte eine ganze Reihe von Amendements gestellt worden war, wurde nach dem Antrage des Comités und der Rechte die Erbauung von Cavalleriecasernen von Seite des Landes beschlossen, jedoch über Antrag des Abg. Dr. Sturm die Beschränkung beigefügt, daß der Bauaufwand mit Ausschluß einer Landesumlage nur durch freiwillige Beiträge der Gemeinden und durch die gegenwärtig schon bestehenden Fonds zu bedecken sei.

Prag, 27. Jänner. Referate der Petitionscommission. Der Reichenschaftsbericht der Landeshypothekenbank, die Anträge des Landesauschusses auf theilweise Änderung des Hypothekenbankstatuts werden einer Commission von 9 Mitgliedern zugewiesen. — Hierauf Verhandlung über den Bericht des Landesauschusses, betreffend die Kundmachung der Landesgesetze zur Wahrung der Sprachengleichberechtigung. Graf Kazansky erklärt: Die Regierung werde baldigst eine befriedigende Vorlage über die Authenticität des Gesetztextes dem Landtage machen. — Der Bericht des Landesauschusses wird mit der Erwartung zur Kenntniß genommen, daß die betreffende Regierungsvorlage noch in dieser Session erfolge. — Der Bericht des Landesauschusses über den vorjährigen Antrag auf Durchführung der Sprachengleichberechtigung in den Aemtern wird an eine Commission von 9 Mitgliedern gewiesen. Nächste Sitzung Donnerstag.

Linz, 26. Jänner. Das Finanzcomité erstattete Bericht über den Landeschuldentilgungsfonds. Es wurde der Antrag des Comités angenommen: Der Landtag wolle beschließen, es sei der von den Einkünften noch verfügbare Rest von 31.672 fl., sofern sich im Jahre 1866 nicht andere unvorhergesehene Bedürfnisse herausstellen, zur Abzahlung der schwebenden Schuld zu verwenden. — Der Rechnungsschluß pro 1864 wird genehmigt. — Zweite Lesung des Landesfondspräliminars und des Straßengesetzes. — Ueber den Antrag des Landesauschusses, eine authentische Interpretation des § 27 des Heimatsgesetzes zu erwirken, geht das Haus zur Tagesordnung über.

Graz, 27. Jänner. Das Capitel des Reichenschaftsberichts „Bildungsanstalten“ und mehrere Gemeindeangelegenheiten werden erledigt; nächste Sitzung unbestimmt.

Laibach, 27. Jänner. Dr. Costa begründet seinen Antrag auf Änderung des Landes- und der Landtagswahlordnung. Bei namentlicher Abstimmung wird nur Punkt 3 dieses Antrages, daß der Landesauschuss beauftragt werde, in der nächsten Session wohlgegründete Änderungsanträge vor das Haus zu bringen, einem Ausschusse von drei Mitgliedern zur Vorberatung zugewiesen. — Dr. Bleiwitz begründet seinen Antrag auf Erlassung eines Landesgesetzes betreffend Regelung der Unterrichtssprache in den Volksschulen. Bei namentlicher Abstimmung wird

der Antrag einem Ausschusse von 7 Mitgliedern zugewiesen.

Hierauf Ausschussbericht über den Reichenschaftsbericht des Landesauschusses. Der Statthalter entwickelt den Standpunct der Regierung in der Montanbesteuerungfrage dahin, daß dieselbe auf Minderung der Freischulsteuer und Feststellung einer Maximalgränze der Montanertragssteuer nicht eingehen könne. Ferner erklärt der Statthalter: Das Recht der Ernennung eines Verwalters der Zwangsarbeitsanstalten aus einem dem Landesauschusse zustehenden Terna-vorschlage müsse der Regierung aus politischen Gründen vorbehalten bleiben.

Imnabrunn, 27. Jänner. Die zum ehemaligen Zwangsarbeitshaus in Schwaz gehörigen der Landpost eigenhümlichen Gebäude werden der Regierung auf weitere 3 Jahre zur Benützung überlassen. — Der Statthalter wird der Dank des Hauses votirt, anlässlich der zugesagten Verwendung, daß das Institut der Thierarzneikunde einen jährlichen Beitrag von 600 fl. aus dem Landesfonds zu Stipendien erhalten soll.

Pest, 26. Jänner. Nach Verificirung einiger Wahlen wurde die öffentliche Sitzung geschlossen und fand eine geheime Sitzung statt. (In derselben wurde angezeigt, daß morgen der Antrag auf Wahl einer Adress-Entwurfs-Commission gestellt werden wird. Das Hausbudget wurde ohne Einwendung angenommen.)

Pest, 27. Jänner. Nach Wiederaufnahme der Sitzung der Deputirtenkammer werden die Stimmzettel für die Wahlen zur Adresscommission abgegeben. Das Resultat der Wahlen wird Montag bekannt gegeben werden. Die serbischen und rumänischen Mitglieder sollen sich über eine eigene Namensliste für die Commission geeinigt haben. Vor dem Schluß der Sitzung ernannte das Haus eine Deputation zur Begrüßung Ihrer Majestäten bei Allerhöchsteren Anfunft. Dieselbe besteht aus beiden Präsidenten und 29 anderen Mitgliedern.

Magnatenkammer. Die Sitzung begann um 11 1/2 Uhr. Der Präsident erstattete Bericht über die Aufnahme der zur Beglückwünschung Ihrer Majestät der Kaiserin entbenden Deputation. Die Rede des Fürst-Primas wurde mit Eclat begrüßt, die Antwort Ihrer Majestät der Kaiserin stehend angehört und mit Enthusiasmus aufgenommen. Der Präsident erklärt, die Loyalitätsausdrücke zu Protocoll zu nehmen. Auf Antrag des Grafen Georg Karolyi wird dem Präsidenten, dem Primas, der Deputation und dem Baron Béla Wentheim als Antragsteller der Dank des Hauses votirt. Der Präsident läßt hierauf die Thronrede verlesen, worauf der Verificirungsbericht und das Budget des Hauses vorgelegt werden. Schließlich zeigt der Präsident an, daß den Mitgliedern des Hauses zur Begrüßung Ihrer Majestäten bei Allerhöchsteren Anfunft ein Saal in der Ofner Burg zur Verfügung stehe.

Klagenfurt, 26. Jänner. Die auf das Straßengesetz bezüglichen Petitionen werden erledigt. In der Verhandlung über die Petition der Schullehrer wird die pro 1866 beantragte Subvention abgelehnt, hingegen für das nächste Jahr eine solche in Aussicht gestellt. Ferner wird ein Landesgesetz, daß die Einhebung des Schulgeldes künftighin durch die Gemeinden zu geschehen habe, beschlossen. Nächste Sitzung morgen.

Klagenfurt, 27. Jänner. Der Landtag erledigte das Präliminare des Landesfonds. — Nächste Sitzung Dienstag.

Agram, 26. Jänner. Der Landtagsvicepräsident Dr. Suhaj hat heute mehrere Landtagsabgeordnete zu einer um 4 Uhr Nachmittags stattfindenden vertraulichen Konferenz eingeladen, um hinsichtlich der Adressentwürfe eine Uebereinkunft zu erzielen.

Agram, 27. Jänner. Die Generaldebatte über die Adressprogramme wurde heute geschlossen. — Accurti (Vertreter von Zengg) sprach sich gegen das Adressprogramm der Majorität und gegen das Amendement der Minorität aus. Robert Blatavice (Vertreter von Agram und Banatskellerkreuz) stimmte für den Entwurf einer neuen Adresse. Dr. Starevic (Vertreter von Agram) ist gegen jede Verständigung mit Oesterreich. Er ergeht sich in beständigen Ausdrücken und wird vom Vorsitzenden Dr. Suhaj ermahnt, sich milderer Ausdrücke zu bedienen. In der nächsten Sitzung wird die Abstimmung über die Adressprogramme erfolgen.

#### Oesterreichische Monarchie.

##### Wien, 27. Jänner.

Se. Majestät hat mit der a. h. Entschliebung vom 20. Jänner 1866 die Auflösung der Truppen-Commanden zu Preßburg und Kaschau angeordnet. Der Pester Bürgerausschuss hat, wie ein Telegramm meldet, beehufs eines würdigen Empfangs Ihrer Majestäten einen begeisterten Aufruf an die Bevölkerung erlassen. Nach einem Telegramm des „N. Fremdenblatt“ ist folgendes der Wortlaut des Aufrufes:

Was die Brudervölker heiß ersehnten, was die Deputation an den Stufen des Thrones erstleht, sehen wir nun der Erfüllung nahe. Ungarns huldreichste Königin, der Schutzengel unserer Nation, wird Montag an der Seite ihres kaiserlichen Gemahls in der Landeshauptstadt eintreffen. Es erwartet uns ein hehrer Familienfest, denn der Zweck des Besuchs ist: inmitten der getrennten Nation zu verweilen und die Bezeugung des königlichen Wohlwollens. Wichtiger wird der Augenblick dadurch, weil die versammelten Landesvertreter aus der Anwesenheit des Herrscherpaares neue Ermuthigungen und Hoffnung schöpfen werden. Die Stimme huldigender Unterthanentreue begrüßt das Königs-paar auf Arpad's Boden. Den Schwesterstädten fällt das Glück zu, die Pietät gegen die Majestäten unmittelbar darzubringen. Die Stadtbewohner wissen, was sie dem

Vaterlande, dem Throne, was sie jenem erhabenen Schutzengel, der seit Jahren neue Bande des Friedens und der Liebe zwischen dem Vaterland und der Krone flücht, schuldig sind. Beugen wir uns vor diesem Urquell nationaler Freiheit und eilen wir zur Begrüßung.

Das kürzlich vom Landtage angenommene Gemeindestatut der Stadt Olmütz hat, wie die „N. Zeit“ erfährt, die allerh. Sanction erhalten.

Der Journalisten- und Schriftsteller-Verein „Concordia“ wird morgen seine Generalversammlung abhalten. Der Cassabericht weist eine Vermögen-Vermehrung des Vereins gegen das Vorjahr um 9748 fl. aus und hat das Vereinsvermögen bereits die Höhe von 36.980 fl. mit einem Zinsenertragniß von 2200 fl. erreicht.

Die „Enz. Ztg.“ meldet: Der Herr Staatsminister hat aus der für Künstlerstipendien für 1865 bewilligten Staats-Dotation dem Volksdichter Franz Stelzhammer einen neuerlichen Pensionsbetrag in der Summe von 600 fl. bewilligt.

Der Centralausschuss der Stadt Klausenburg hat in seiner am 21. d. abgehaltenen Sitzung beschlossen, den Israeliten im Sinne des wahren Geistes der 1848er Gesetze, im Sinne der diesfalls ausgesprochenen öffentlichen Meinung und der jüngsten Praxis die Wahlfähigkeit zu ertheilen.

#### Deutschland.

Die Frankfurter Blätter erhielten aus der Kanzlei der Bundesversammlung den officiellen Bericht über die letzte Bundestagsitzung nicht, wie früher üblich gewesen war, erst am zweiten Tage, sondern schon einige Stunden nach der Sitzung. Dem R. R. zufolge war dies nicht eine ausnahmsweise Verfügung, sondern soll von dem Ausschusse für Veröffentlichung der Bundestags-Verhandlungen beschlossen worden sein, daß der für die Mittheilung an die Zeitungen bestimmte Bericht fortan noch am Abend des Sitzungstages expedirt werde.

Rebacteur May hat der „B. B. Z.“ zufolge etwaigen Eventualitäten gegenüber den Schutz der Montaner Militärbehörde nachgesucht; es soll ihm zugesagt sein, keine militärische Hilfe gegen ihn zu leisten. In Dresden ist am 25. d. die dort in Zurückgezogenheit lebende Gattin Richard Wagner's plötzlich an einem Herzschlage gestorben.

Aus Berlin 26. d. wird gemeldet: Heute fand eine Commissionssitzung über Virchow's Antrag bezüglich Lauenburgs statt. Es waren alle Commissionsmitglieder anwesend. Ein Vertreter der Regierung ist nicht erschienen. Zweiten empfiehlt den Inhalt des Virchow'schen Antrages auf Grund der Artikel 55 und 48 der Verfassung in folgender Weise zu fassen: „Die Vereinigung Lauenburgs mit der Krone Preussens ist rechtungsgiltig, so lange nicht die verfassungsmäßige Zustimmung beider Häuser des Landtages erfolgt.“ Virchow stimmt mit Zweiten überein, wünscht jedoch die Beibehaltung des Wortlautes seines Antrages. Der Commissionsvorsitzende spricht sich mit Zweiten aus und bemerkt, auch ohne den Art. 55. erbeische der Begriff des modernen Constitutionalismus die Zustimmung des Landtages zu einer Personal- und Realunion. Die Regierung habe dies bei dem Anfall der hohen zollernischen Lande anerkannt. Hierauf wird die Debatte geschlossen. Die Abstimmung hierüber erfolgt nach nochmaliger Einladung der Regierung zur Theilnahme. Ueber Schulze's Antrag wird beschlossen, bei der Regierung anzufragen, woher die Abfindungssumme für Oesterreich geflossen sei.

Der Preuss. „Staatsanzeiger“ meldet die Verleibung des Schwarzen Adler-Ordens an den f. belgischen Staatsminister und Senatspräsidenten Fürsten v. Ligne und den päpstlichen Staatssecretär Cardinal Antonelli.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bezeichnet die Angabe der Oppositionsblätter, daß die Regierung nach den ersten Vorgängen im Abgeordnetenhaus sich für Vertagung oder gänzliche Zurücknahme gewisser schon zur Vorlage reifen Gesetzentwürfe entschieden habe, nach zuverlässigen Mittheilungen als ganz unbegründet. Der Standpunct der Regierung sei derselbe, wie früher; natürlich werde aber das Einbringen einer gewissen Anzahl von Vorlagen von der weiteren Gestaltung des Landtages abhängen.

#### Frankreich.

Paris, 26. Jänner, Abends. Die „Presse“ hat wegen eines Artikels von Clement Duvernois über die Thronrede eine Verwarnung erhalten.

Der Buchhändler Lacroix wurde wegen Veröffentlichung der „Glossen zu den Evangelien“ von Proudhon zu einjährigem Gefängnisse und zu 1500 Frs. Geldstrafe verurtheilt.

Baron Charles Lagueroniere, Präfect von Toulouse und Bruder des gleichnamigen Senators, ist plötzlich gestorben.

#### Russland.

Die Gattin des gegenwärtig in der großen Kirgisenherde sich aufhaltenden Dr. Seine hat dort eine Schule für Mädchen errichtet, die sie selbst in der russischen Sprache unterrichtet. Manche dieser Schülerinnen können schon gut lesen.

#### Zur Tagesgeschichte.

Ein Pariser Restaurant hatte bei der Wiener Central-Marktallee echte Bärenschinken und Bärenkanten bestellt. Um diese Bestellung effectuiren zu können, wurde einer der Bären des Wiener Thiergartens erlegt. Das Thier, das der Director des Thiergartens, Hr. Jäger, eigenhändig erlegte, wog 210 Pfund. „Den Tiroler Stimmen“ zufolge soll der Hofwirthschafts- und Rosenbalsamhersteller in raschem Wachsthum begriffen sein, so daß man Wasserleitungen und in Folge dessen die Bildung jenes verhängnißvollen Sees befürchtet, dessen plötzliche Entleerung in den letzten 300 Jahren sechsmal das Dörfchen verheert hat. Um das Wasser abzuleiten, wird die Ausführung einer Galerie oder eines Tunnels vorgeschlagen.

In München ist der bekannte Landwirthschaftsminister August Köstler gestorben. Er war 44 Jahre alt. Der Dichter Ludwig Storch (geb. 1804 in Rußla) wurde von der Deutschen Schillerstiftung mit einer wohlverdienten Pension auf Lebenszeit geehrt.

In der großen Industrieausstellung zu Paris im







**3. 1661. Rundmachung.** (101. 2-3)  
Das Erlöschen der Kinderpest in Pulszky, Staroseler Bezirke, sowie der Ausbruch dieser Seuche in Pukienice und Machline, Strypa, Bezirke wird zur allgemeinen Kenntniss gebracht.  
Von der k. k. Statthalterei-Commission.  
Kraau, am 20. Jänner 1866.

**3. 34462. Rundmachung.** (103. 1-3)  
Das k. k. Statthalterei-Präsidium in Lemberg hat mit dem Erlasse vom 4. December 1865 Z. 7055/praes. genehmigt, daß aus den Interessen des zur Gründung eines Zwangsangehörigen für den Sanitzer Kreis gemachten Fonds capitales per 8310 fl. in Grundentlastungs-Delegationen (Hypotheken) zu 100 fl. vom Schuljahre 1865/66 angefangen provisorisch errichtet werden.  
Zur Befestigung dieser Stipendien wird hiemit der Concurs bis Ende März 1866 ausgeschrieben.  
Diese Stipendien sind für arme aus dem Sanitzer Kreise mit Ausnahme der Bezirke Gorlice und Biecz gebürtige Studierende der landwirtschaftlichen, dann Mittel- und Hochschulen bestimmt. Der Stipendienbetrag dauert bis zur Ablegung der Studien.  
Die Erfordernisse zur Erlangung dieses Stipendiums sind folgende:  
a) Der Candidat hat nachzuweisen, daß er aus dem Sanitzer Kreise (in dessen früherer Abgränzung) gebürtig ist.  
b) daß er wirklich eine Unterstützung (eines Stipendiums) bedürftig ist.  
c) daß er als öffentlicher Schüler eine der obbezeichneten Lehranstalten frequentirt, endlich  
d) hat der Candidat mit Zeugnissen zu erweisen, daß er sich durch Fortschritte in den Studien, so wie durch Fleiß und Moralität dieser Wohlthat würdig macht.  
Bewerber haben ihre gehörig instruirten Vorlebens-Gezeugnisse bei der k. k. Statthalterei-Commission in Kraau zu überreichen.  
Von der k. k. Statthalterei-Commission.  
Kraau, am 17. Jänner 1866.

**3. 1450. Edict.** (105. 1-3)  
Vom Kraauer k. k. Stadt. deleg. Bezirkegerichte werden alle, welche den angeblich verloren gegangenen, vom Hrn. Albert Mendelsburg auf den Namen des Hrn. Jakob Sanderski ausgefertigten Depositionschein ddo. 24. August 1865 über ein ganzes Lotterienanlehen vom Jahre 1860 Ser. 9609, Nr. 7 in Händen haben, aufgefordert, diesen Depositionschein binnen Einem Jahre vom Tage der dritten Einschaltung dieses Edictes in die Kraauer Zeitung an gerechnet, so gewiß vorzubringen, als sonst derselbe für nichtig gehalten, und der Aussteller darauf Niemandem Rede und Antwort zu geben verbunden sein wird.  
Kraau, am 26. Jänner 1866.

**3. 5306. Edict.** (104. 1-3)  
Durch das k. k. Bezirksamt als Gericht in Neumarkt wird hiemit zur allgemeinen Kenntniss gebracht, daß auf Grund des Beschlusses des k. k. Kraauer Landesgerichtes als Wechselgerichtes unter dem 6. November d. J. Nr. 21021 bewilligten executiven Veräußerung der, den Hr. Eheleuten Gieuter und Antonia Krobickie gehörigen, 200 Klafter weichen Brennholzes, wegen der dem Hrn. Fjodor Goldberg aus Kraau schuldigen Wechselsumme von 960 fl. d. W. f. N. G. um deren Vollzug das k. k. Neu-Sandzer Kreis-Gericht angegangen, dasselbe die Aufschrift vom 6. v. M. Nr. 21021 mittelst der Note vom 22. v. M. Nr. 3735 an der k. k. Statthalterei abgetreten hat, zur executiven Veräußerung dieses Brennholzes die Taxifahrt auf den 23. Februar und 23. März 1866, jedesmal um 9 Uhr Vormittags auf dem Gute Harklowa hiesigen Bezirkes im Walde Bör genannt, bestimmt worden sind.  
Diese Veräußerung erfolgt unter folgenden Bedingungen:  
1. Dieses Holz wird entweder im Ganzen auf einmal, oder in einzelnen Klaffern,  
2. nur um bares Geld veräußert werden, welches so gleich an die Veräußerungs-Commission zu erlegen ist;  
3. zum Auktionspreise wird der Schätzungswert einer einzelnen Klafter mit 3 fl. 20 kr. d. W. angenommen;  
4. nach erlegtem Kaufschillinge wird die verkaufte Holzquantität dem Meistbietenden folglich übergeben werden.  
5. Bei der zweiten Veräußerungs-Taxifahrt wird das Holz auch unter dem erhobenen Schätzungswerte, d. i. um jeden angebotenen Preis hintangegeben werden.  
k. k. Bezirksamt.  
Neumarkt, 10. Dezember 1865.

**3. 1450. Edict.** (105. 1-3)  
Vom Kraauer k. k. Stadt. deleg. Bezirkegerichte werden alle, welche den angeblich verloren gegangenen, vom Hrn. Albert Mendelsburg auf den Namen des Hrn. Jakob Sanderski ausgefertigten Depositionschein ddo. 24. August 1865 über ein ganzes Lotterienanlehen vom Jahre 1860 Ser. 9609, Nr. 7 in Händen haben, aufgefordert, diesen Depositionschein binnen Einem Jahre vom Tage der dritten Einschaltung dieses Edictes in die Kraauer Zeitung an gerechnet, so gewiß vorzubringen, als sonst derselbe für nichtig gehalten, und der Aussteller darauf Niemandem Rede und Antwort zu geben verbunden sein wird.  
Kraau, am 26. Jänner 1866.

**3. 5306. Edict.** (104. 1-3)  
Durch das k. k. Bezirksamt als Gericht in Neumarkt wird hiemit zur allgemeinen Kenntniss gebracht, daß auf Grund des Beschlusses des k. k. Kraauer Landesgerichtes als Wechselgerichtes unter dem 6. November d. J. Nr. 21021 bewilligten executiven Veräußerung der, den Hr. Eheleuten Gieuter und Antonia Krobickie gehörigen, 200 Klafter weichen Brennholzes, wegen der dem Hrn. Fjodor Goldberg aus Kraau schuldigen Wechselsumme von 960 fl. d. W. f. N. G. um deren Vollzug das k. k. Neu-Sandzer Kreis-Gericht angegangen, dasselbe die Aufschrift vom 6. v. M. Nr. 21021 mittelst der Note vom 22. v. M. Nr. 3735 an der k. k. Statthalterei abgetreten hat, zur executiven Veräußerung dieses Brennholzes die Taxifahrt auf den 23. Februar und 23. März 1866, jedesmal um 9 Uhr Vormittags auf dem Gute Harklowa hiesigen Bezirkes im Walde Bör genannt, bestimmt worden sind.  
Diese Veräußerung erfolgt unter folgenden Bedingungen:  
1. Dieses Holz wird entweder im Ganzen auf einmal, oder in einzelnen Klaffern,  
2. nur um bares Geld veräußert werden, welches so gleich an die Veräußerungs-Commission zu erlegen ist;  
3. zum Auktionspreise wird der Schätzungswert einer einzelnen Klafter mit 3 fl. 20 kr. d. W. angenommen;  
4. nach erlegtem Kaufschillinge wird die verkaufte Holzquantität dem Meistbietenden folglich übergeben werden.  
5. Bei der zweiten Veräußerungs-Taxifahrt wird das Holz auch unter dem erhobenen Schätzungswerte, d. i. um jeden angebotenen Preis hintangegeben werden.  
k. k. Bezirksamt.  
Neumarkt, 10. Dezember 1865.

**3. 1450. Edict.** (105. 1-3)  
Vom Kraauer k. k. Stadt. deleg. Bezirkegerichte werden alle, welche den angeblich verloren gegangenen, vom Hrn. Albert Mendelsburg auf den Namen des Hrn. Jakob Sanderski ausgefertigten Depositionschein ddo. 24. August 1865 über ein ganzes Lotterienanlehen vom Jahre 1860 Ser. 9609, Nr. 7 in Händen haben, aufgefordert, diesen Depositionschein binnen Einem Jahre vom Tage der dritten Einschaltung dieses Edictes in die Kraauer Zeitung an gerechnet, so gewiß vorzubringen, als sonst derselbe für nichtig gehalten, und der Aussteller darauf Niemandem Rede und Antwort zu geben verbunden sein wird.  
Kraau, am 26. Jänner 1866.

**3. 5306. Edict.** (104. 1-3)  
Durch das k. k. Bezirksamt als Gericht in Neumarkt wird hiemit zur allgemeinen Kenntniss gebracht, daß auf Grund des Beschlusses des k. k. Kraauer Landesgerichtes als Wechselgerichtes unter dem 6. November d. J. Nr. 21021 bewilligten executiven Veräußerung der, den Hr. Eheleuten Gieuter und Antonia Krobickie gehörigen, 200 Klafter weichen Brennholzes, wegen der dem Hrn. Fjodor Goldberg aus Kraau schuldigen Wechselsumme von 960 fl. d. W. f. N. G. um deren Vollzug das k. k. Neu-Sandzer Kreis-Gericht angegangen, dasselbe die Aufschrift vom 6. v. M. Nr. 21021 mittelst der Note vom 22. v. M. Nr. 3735 an der k. k. Statthalterei abgetreten hat, zur executiven Veräußerung dieses Brennholzes die Taxifahrt auf den 23. Februar und 23. März 1866, jedesmal um 9 Uhr Vormittags auf dem Gute Harklowa hiesigen Bezirkes im Walde Bör genannt, bestimmt worden sind.  
Diese Veräußerung erfolgt unter folgenden Bedingungen:  
1. Dieses Holz wird entweder im Ganzen auf einmal, oder in einzelnen Klaffern,  
2. nur um bares Geld veräußert werden, welches so gleich an die Veräußerungs-Commission zu erlegen ist;  
3. zum Auktionspreise wird der Schätzungswert einer einzelnen Klafter mit 3 fl. 20 kr. d. W. angenommen;  
4. nach erlegtem Kaufschillinge wird die verkaufte Holzquantität dem Meistbietenden folglich übergeben werden.  
5. Bei der zweiten Veräußerungs-Taxifahrt wird das Holz auch unter dem erhobenen Schätzungswerte, d. i. um jeden angebotenen Preis hintangegeben werden.  
k. k. Bezirksamt.  
Neumarkt, 10. Dezember 1865.

**3. 428. Rundmachung.** (93. 3)  
Im Wahlkörper des großen Grundbesitzes im Sambor-Kreise wird die Wahl eines Landtags-Abgeordneten hiemit ausgeschrieben.  
Dieselbe wird Donnerstag, den 8. Februar l. J. im Kreisort Sambor stattfinden.  
Die bezügliche Wählerliste wird gleichzeitig mittelst des Amtsblattes kundgemacht.  
Vom k. k. Statthalterei-Präsidium.  
Lemberg, am 13. Jänner 1866.

**3. 428. Rundmachung.** (93. 3)  
Aus Anlaß der gleichzeitig ausgeschrieben Wahl eines Landtagsabgeordneten aus dem Wahlkörper des großen Grundbesitzes im Kreise Sambor wird hiemit die bezügliche Wählerliste in Gemäßheit des § 22 der Landtags-Wahlordnung mit dem Bemerkung kundgemacht, daß die bezügliche Reclamationen binnen 14 Tagen vom Tage dieser Rundmachung an gerechnet, bei dem k. k. Statthalterei-Präsidium eingebracht werden können.  
Reclamationen, welche nach Ablauf dieser Frist einlangen, werden nicht mehr berücksichtigt werden.  
Die großjährigen Mitbesitzer eines landtäflichen, zur Wahl berechtigten Gutes haben den, von ihnen zur Wahl Ermächtigten, unter Vorlage der Vollmacht dem Kreis-Vorsteher wegen Ausfertigung der Legitimationskarte namhaft zu machen.  
Zugleich werden alle außerhalb des Landes wohnenden Wahlberechtigten aufgefordert, sich wegen Ausfertigung der Legitimationsarten an den Vorsteher des gedachten Kreises zu wenden.  
Den Wahlberechtigten, die im Kreise ihren ständigen Wohnort haben, werden die Legitimationskarten unmittelbar von Amtswegen zugeordnet werden.  
Vom k. k. Statthalterei-Präsidium.  
Lemberg, am 13. Jänner 1866.

**3. 428. Rundmachung.** (93. 3)  
Aus Anlaß der gleichzeitig ausgeschrieben Wahl eines Landtagsabgeordneten aus dem Wahlkörper des großen Grundbesitzes im Kreise Sambor wird hiemit die bezügliche Wählerliste in Gemäßheit des § 22 der Landtags-Wahlordnung mit dem Bemerkung kundgemacht, daß die bezügliche Reclamationen binnen 14 Tagen vom Tage dieser Rundmachung an gerechnet, bei dem k. k. Statthalterei-Präsidium eingebracht werden können.  
Reclamationen, welche nach Ablauf dieser Frist einlangen, werden nicht mehr berücksichtigt werden.  
Die großjährigen Mitbesitzer eines landtäflichen, zur Wahl berechtigten Gutes haben den, von ihnen zur Wahl Ermächtigten, unter Vorlage der Vollmacht dem Kreis-Vorsteher wegen Ausfertigung der Legitimationskarte namhaft zu machen.  
Zugleich werden alle außerhalb des Landes wohnenden Wahlberechtigten aufgefordert, sich wegen Ausfertigung der Legitimationsarten an den Vorsteher des gedachten Kreises zu wenden.  
Den Wahlberechtigten, die im Kreise ihren ständigen Wohnort haben, werden die Legitimationskarten unmittelbar von Amtswegen zugeordnet werden.  
Vom k. k. Statthalterei-Präsidium.  
Lemberg, am 13. Jänner 1866.

**3. 428. Rundmachung.** (93. 3)  
Aus Anlaß der gleichzeitig ausgeschrieben Wahl eines Landtagsabgeordneten aus dem Wahlkörper des großen Grundbesitzes im Kreise Sambor wird hiemit die bezügliche Wählerliste in Gemäßheit des § 22 der Landtags-Wahlordnung mit dem Bemerkung kundgemacht, daß die bezügliche Reclamationen binnen 14 Tagen vom Tage dieser Rundmachung an gerechnet, bei dem k. k. Statthalterei-Präsidium eingebracht werden können.  
Reclamationen, welche nach Ablauf dieser Frist einlangen, werden nicht mehr berücksichtigt werden.  
Die großjährigen Mitbesitzer eines landtäflichen, zur Wahl berechtigten Gutes haben den, von ihnen zur Wahl Ermächtigten, unter Vorlage der Vollmacht dem Kreis-Vorsteher wegen Ausfertigung der Legitimationskarte namhaft zu machen.  
Zugleich werden alle außerhalb des Landes wohnenden Wahlberechtigten aufgefordert, sich wegen Ausfertigung der Legitimationsarten an den Vorsteher des gedachten Kreises zu wenden.  
Den Wahlberechtigten, die im Kreise ihren ständigen Wohnort haben, werden die Legitimationskarten unmittelbar von Amtswegen zugeordnet werden.  
Vom k. k. Statthalterei-Präsidium.  
Lemberg, am 13. Jänner 1866.

**3. 428. Rundmachung.** (93. 3)  
Aus Anlaß der gleichzeitig ausgeschrieben Wahl eines Landtagsabgeordneten aus dem Wahlkörper des großen Grundbesitzes im Kreise Sambor wird hiemit die bezügliche Wählerliste in Gemäßheit des § 22 der Landtags-Wahlordnung mit dem Bemerkung kundgemacht, daß die bezügliche Reclamationen binnen 14 Tagen vom Tage dieser Rundmachung an gerechnet, bei dem k. k. Statthalterei-Präsidium eingebracht werden können.  
Reclamationen, welche nach Ablauf dieser Frist einlangen, werden nicht mehr berücksichtigt werden.  
Die großjährigen Mitbesitzer eines landtäflichen, zur Wahl berechtigten Gutes haben den, von ihnen zur Wahl Ermächtigten, unter Vorlage der Vollmacht dem Kreis-Vorsteher wegen Ausfertigung der Legitimationskarte namhaft zu machen.  
Zugleich werden alle außerhalb des Landes wohnenden Wahlberechtigten aufgefordert, sich wegen Ausfertigung der Legitimationsarten an den Vorsteher des gedachten Kreises zu wenden.  
Den Wahlberechtigten, die im Kreise ihren ständigen Wohnort haben, werden die Legitimationskarten unmittelbar von Amtswegen zugeordnet werden.  
Vom k. k. Statthalterei-Präsidium.  
Lemberg, am 13. Jänner 1866.

Vor- und Zuname des Wahlberechtigten		Benennung des landtäflichen Gutes		Vor- und Zuname des Wahlberechtigten		Benennung des landtäflichen Gutes	
Imię i nazwisko wyborcy		Nazwa tabularnej posiadłości		Imię i nazwisko wyborcy		Nazwa tabularnej posiadłości	
Augustynowicz Feliks,		Woszezańce		Komorowski Piotr, hrabia		Bilnika i Siekierzyce	
Augustynowicz Seweryn		Szeplce		Kosowski Stanisław		Łanowice	
Bal Antoni		Błozew górny		Krynicky Marcell		Krynica	
Bal Franciszek		Tuligów		Kossowicz Florentyna		Uherce wienawskie	
Balicki Ludwik		Wykuty		Lanckoroński Kazimierz, hr.		Komarno	
Barański Michał		Radłowie		Lindenbaum Dawid i Samuel		Popiele	
Dobromiński zakon Bazylianów		Bokowa		Schulim			
Bazylianów zakon w Ławrowie		Ławrów i Wysocko		Madejski Wojciech i Antonina		Rolow i Bojary część	
		wyżne		Majewski Józef		Maksymowice	
Bielanski Karol		Turze		Mangold Marya		Horożana	
Bielski Stanisław i Juliusz		Rychce		Morawski Konstanty		Pohorce	
Borkowska Marya i Niezabitowska-Kazimira		Biskowice		Niezabitowski Włodzimierz		Uherce niezabitowskie	
Brückmann-Ludwik		Manasterzec		Niedzwiedzki Aleks. i Sylwia		Wańkowice	
Brückmann Katarzyna		Rajnicz		Pawlikowski Konstanty		Brześciany	
Dahlke Honorata i Łucki Paweł		Bilina i Łąka		Podlewski Aleksander		Kawsko część	
Dolański Ludwik		Rakowa		Rychlicki Franciszek		Łąka	
Drohobyczka Jac. parafia		Dobrowlany		Siedlecki Franciszek		Uherce zaplatynskie	
Dunin Jan, hrabia		Głęboka		Sozańska Anna		Blazów	
Duniewicz Edward		Nowoszyce		Sokołowska Zuzanna		Baranowice	
Dybowski Zygmunt i Chrystyna		Sokoliki		Sozański Celestyn		Kornalowice	
Dylewski Maryan		Rolow i Bojary część		Skarżyńska Aniela		Suszyca wielka	
Filipowski Bogusław		Chłopezyce		Stankiewicz Stefan		Rogożno	
Fredro Aleksander, hrabia		Bienkowa wieszna		Steinkühl Maksymilian		Wolcza dolna	
Fredro Jan Aleksander, hrabia		Rudki		Strzelecki Jan, Alojzy, Wojciech,			
Fredro Marya, hrabina		Dubaniowice		Wilhelmina i Sabina.		Komarniki	
Goslet Franciszek		Turka		Szczepański Tadeusz		Czajkowice	
Gross Eliza		Koniuszki		Szczepańska Melania i Aleks.		Laszki związane	
Guzkowska Wanda		Koniów		Szybiński Ferdynand		Manasterzec	
Jan Komarnicki		Uroż z Łopuszną		Szumlańska Felicya		Wisłowice	
Jedrzejewicz Kazimierz		Czaple		Tarnowski Stanisław, hrabia		Starawie i Wacowice	
Katynski Stanisław		Grodowice		Tarnowski Władysław, hrabia		Lipowice i Wróblowice	
Kawecki Wiktor		Beniowa		Tchórznicka Helena		Wojutyce	
Kabath Maurycy		Sanoczany		Tchórznicki Kazimierz		Lutowisko	
Klaermann Samuel		Uniatyce		Tchórznicki Feliks		Pianowice	
Krasicki Michał, hrabia		Laszki murowane		Wojczyńska Kaliksta		Chlipie	
				Zurakowski August		Horbacze	

**3. 4679. Edykt.** (91. 3)  
Przez c. k. Urząd powiatowy jako instancją pertraktacyjną podaje się do wiadomości, że Bartłomiej Cenculak, z pod nr. d. 83 w Starobystrem w dniu 3 września 1864 ze zastawieniem kodycylnego ostatniej woli rozporządzenia, pomarł, mocą którego także swego syna Melchiora Cenculak i swego wnuka Wojciecha Cenculaka, syna przedmarłego Jana Cenculaka za spadkobiercę wyznaczył. Ponieważ obecny pobyt tego Melchiora i Wojciecha nieznajomy jest, przyswaja się mocą tego edyktu ci spadkobiercy, aby przed upływem jednego roku od dnia dzisiejszego w tym Sądzie zgłosili się i zgłoszenie do objęcia tego spadku złożyli, albowiem w przeciwnym razie to spadkowanie z spadkobiercami zgłoszonymi się i z zastępcami nieobecnych ukończone będzie.  
Nowy Targ, dnia 19 grudnia 1865.

Barom-Höhe auf n. Paris. Linie		nach Reamur		Relative Feuchtigkeit der Luft		Richtung und Stärke des Windes		Zustand der Atmosphäre		Ercheinungen in der Luft		Aenderung d. Wärme im Laufe des Tages	
Therm. Barom. reamur.		Temperatur		77		West still		heiter		Nebel		0°0	
28	332.55	+	4.0	100		schwach		heiter		Reif		0°0	+4.6
29	31.64	+	0.6	100				heiter mit Wolken					
29	30.39	+	0.4	100									

Druck und Verlag des Carl Budweiser.

**Obwieszczenie.**  
Wiele wyborem większych posiadłości w obwodzie Samborskim rozpisuje się niniejszym wybór jednego posła do sejmiku krajowego królestwa Galicyi i Lodomerji wraz z wielkim księstwem Krakowskim.  
Ten wybór odbędzie się w mieście obwodowym Samborze we czwartek 8 lutego r. b.  
Dotycząca lista wyborców ogłasza się zarazem dziennikiem rządowym.  
Od Prezydium c. k. Namiestnictwa.  
Lwów, dnia 13 stycznia 1866.

**Obwieszczenie.**  
Z powodu równocześnie rozpisanego wyboru jednego posła w wiele wyborem większych posiadłości obwodu Samborskiego, ogłasza się niniejszym słownie do § 22 ordynacyi wyborczej dotycząca lista wyborców z tego oznajmieniem, że odnośne reklamacje mogą być wniesione do c. k. Prezydium Namiestnictwa w przeciągu dni 14 licząc od dnia tego obwieszczenia.  
Reklamacje po upływie tego terminu wniesione nie będą uwzględnione.  
Wieloletni współwłaściciele dóbr tabularnych do wyboru uprawnionych mają w tym celu wydania karty legitymacyjnej wymienić naczelnikowi obwodu osobę, przez nich do wyboru umocowaną i przedłożyć temuz naczelnikowi obwodowemu odnośne pełnomocnictwo.  
Zarazem wzywa się uprawnionych do wyborów, nie mieszkających w kraju, ażeby się zgłosili o karty legitymacyjne do naczelnika obwodowego w Samborze.  
Uprawnieni do wyboru mieszkający stale w obwodzie otrzymają karty legitymacyjne wprost z urzędu.  
Z Prezydium c. k. Namiestnictwa.  
Lwów, dnia 13 stycznia 1866.

**Obwieszczenie.**  
Z powodu równocześnie rozpisanego wyboru jednego posła w wiele wyborem większych posiadłości obwodu Samborskiego, ogłasza się niniejszym słownie do § 22 ordynacyi wyborczej dotycząca lista wyborców z tego oznajmieniem, że odnośne reklamacje mogą być wniesione do c. k. Prezydium Namiestnictwa w przeciągu dni 14 licząc od dnia tego obwieszczenia.  
Reklamacje po upływie tego terminu wniesione nie będą uwzględnione.  
Wieloletni współwłaściciele dóbr tabularnych do wyboru uprawnionych mają w tym celu wydania karty legitymacyjnej wymienić naczelnikowi obwodu osobę, przez nich do wyboru umocowaną i przedłożyć temuz naczelnikowi obwodowemu odnośne pełnomocnictwo.  
Zarazem wzywa się uprawnionych do wyborów, nie mieszkających w kraju, ażeby się zgłosili o karty legitymacyjne do naczelnika obwodowego w Samborze.  
Uprawnieni do wyboru mieszkający stale w obwodzie otrzymają karty legitymacyjne wprost z urzędu.  
Z Prezydium c. k. Namiestnictwa.  
Lwów, dnia 13 stycznia 1866.

**Obwieszczenie.**  
Z powodu równocześnie rozpisanego wyboru jednego posła w wiele wyborem większych posiadłości obwodu Samborskiego, ogłasza się niniejszym słownie do § 22 ordynacyi wyborczej dotycząca lista wyborców z tego oznajmieniem, że odnośne reklamacje mogą być wniesione do c. k. Prezydium Namiestnictwa w przeciągu dni 14 licząc od dnia tego obwieszczenia.  
Reklamacje po upływie tego terminu wniesione nie będą uwzględnione.  
Wieloletni współwłaściciele dóbr tabularnych do wyboru uprawnionych mają w tym celu wydania karty legitymacyjnej wymienić naczelnikowi obwodu osobę, przez nich do wyboru umocowaną i przedłożyć temuz naczelnikowi obwodowemu odnośne pełnomocnictwo.  
Zarazem wzywa się uprawnionych do wyborów, nie mieszkających w kraju, ażeby się zgłosili o karty legitymacyjne do naczelnika obwodowego w Samborze.  
Uprawnieni do wyboru mieszkający stale w obwodzie otrzymają karty legitymacyjne wprost z urzędu.  
Z Prezydium c. k. Namiestnictwa.  
Lwów, dnia 13 stycznia 1866.

**Obwieszczenie.**  
Z powodu równocześnie rozpisanego wyboru jednego posła w wiele wyborem większych posiadłości obwodu Samborskiego, ogłasza się niniejszym słownie do § 22 ordynacyi wyborczej dotycząca lista wyborców z tego oznajmieniem, że odnośne reklamacje mogą być wniesione do c. k. Prezydium Namiestnictwa w przeciągu dni 14 licząc od dnia tego obwieszczenia.  
Reklamacje po upływie tego terminu wniesione nie będą uwzględnione.  
Wieloletni współwłaściciele dóbr tabularnych do wyboru uprawnionych mają w tym celu wydania karty legitymacyjnej wymienić naczelnikowi obwodu osobę, przez nich do wyboru umocowaną i przedłożyć temuz naczelnikowi obwodowemu odnośne pełnomocnictwo.  
Zarazem wzywa się uprawnionych do wyborów, nie mieszkających w kraju, ażeby się zgłosili o karty legitymacyjne do naczelnika obwodowego w Samborze.  
Uprawnieni do wyboru mieszkający stale w obwodzie otrzymają karty legitymacyjne wprost z urzędu.  
Z Prezydium c. k. Namiestnictwa.  
Lwów, dnia 13 stycznia 1866.

Vor- und Zuname des Wahlberechtigten		Benennung des landtäflichen Gutes		Vor- und Zuname des Wahlberechtigten		Benennung des landtäflichen Gutes	
Imię i nazwisko wyborcy		Nazwa tabularnej posiadłości		Imię i nazwisko wyborcy		Nazwa tabularnej posiadłości	
Komorowski Piotr, hrabia		Bilnika i Siekierzyce		Kosowski Stanisław		Łanowice	
Krynicky Marcell		Krynica		Kossowicz Florentyna		Uherce wienawskie	
Kossowicz Florentyna		Komarno		Lanckoroński Kazimierz, hr.		Popiele	
Lanckoroński Kazimierz, hr.		Popiele		Lindenbaum Dawid i Samuel			
Lindenbaum Dawid i Samuel				Schulim			
Madejski Wojciech i Antonina		Rolow i Bojary część		Majewski Józef		Maksymowice	
Majewski Józef		Maksymowice		Mangold Marya		Horożana	
Mangold Marya		Horożana		Morawski Konstanty		Pohorce	
Morawski Konstanty		Pohorce		Niezabitowski Włodzimierz		Uherce niezabitowskie	
Niezabitowski Włodzimierz		Uherce niezabitowskie		Niedzwiedzki Aleks. i Sylwia		Wańkowice	
Niedzwiedzki Aleks. i Sylwia		Wańkowice		Pawlikowski Konstanty		Brześciany	
Pawlikowski Konstanty		Brześciany		Podlewski Aleksander		Kawsko część	
Podlewski Aleksander		Kawsko część		Rychlicki Franciszek		Łąka	
Rychlicki Franciszek		Łąka		Siedlecki Franciszek		Uherce zaplatynskie	
Siedlecki Franciszek		Uherce zaplatynskie		Sozańska Anna		Blazów	
Sozańska Anna		Blazów		Sokołowska Zuzanna		Baranowice	
Sokołowska Zuzanna		Baranowice		Sozański Celestyn		Kornalowice	
Sozański Celestyn		Kornalowice		Skarżyńska Aniela		Suszyca wielka	
Skarżyńska Aniela		Suszyca wielka		Stankiewicz Stefan		Rogożno	
Stankiewicz Stefan		Rogożno		Steinkühl Maksymilian		Wolcza dolna	
Steinkühl Maksymilian		Wolcza dolna		Strzelecki Jan, Alojzy, Wojciech,			
Strzelecki Jan, Alojzy, Wojciech,				Wilhelmina i Sabina.		Komarniki	
Wilhelmina i Sabina.		Komarniki		Szczepański Tadeusz		Czajkowice	
Szczepański Tadeusz		Czajkowice		Szczepańska Melania i Aleks.		Laszki związane	
Szczepańska Melania i Aleks.		Laszki związane		Szybiński Ferdynand		Manasterzec	
Szybiński Ferdynand		Manasterzec		Szumlańska Felicya		Wisłowice	
Szumlańska Felicya		Wisłowice		Tarnowski Stanisław, hrabia		Starawie i Wacowice	
Tarnowski Stanisław, hrabia		Starawie i Wacowice		Tarnowski Władysław, hrabia		Lipowice i Wróblowice	
Tarnowski Władysław, hrabia		Lipowice i Wróblowice		Tchórznicka Helena		Wojutyce	
Tchórznicka Helena		Wojutyce		Tchórznicki Kazimierz		Lutowisko	
Tchórznicki Kazimierz		Lutowisko		Tchórznicki Feliks		Pianowice	
Tchórznicki Feliks		Pianowice		Wojczyńska Kaliksta		Chlipie	
Wojczyńska Kaliksta		Chlipie		Zurakowski August		Horbacze	
Zurakowski August		Horbacze					

**3. 4679. Edykt.** (91. 3)  
Przez c. k. Urząd powiatowy jako instancją pertraktacyjną podaje się do wiadomości, że Bartłomiej Cenculak, z pod nr. d. 83 w